

III. Berichte aus dem Institut

Bericht über die Tätigkeit des Forschungsprojektes „Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau (ZIB)“ 2001–2002

In Heft 26 (2001) des Mitteilungsblattes ist die Konzeption des von der RAG Aktiengesellschaft, Essen, und der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets geförderten Forschungsprojektes „Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau (ZIB)“ dargelegt worden. Der folgende Bericht schließt daran an und schildert die wichtigsten inhaltlichen Entwicklungen und Forschungsfortschritte in den drei Projektbereichen „Erster Weltkrieg“, „Deutsches Reich im Zweiten Weltkrieg“ und „Besetzte Gebiete“ bis zum Sommer 2002.

Projektbereich Erster Weltkrieg

Der Begriff Zwangsarbeit wird in der öffentlichen Wahrnehmung und in der historischen Forschung gewöhnlich mit dem Arbeitseinsatz von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen sowie von KZ-Häftlingen in der deutschen Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkrieges assoziiert. Die Beschäftigung von sogenannten „Fremdarbeitern“ und Kriegsgefangenen im Deutschen Reich während des Ersten Weltkrieges ist weit weniger gut erforscht und gilt vor allem als Erfahrungsgrundlage oder Vorgeschichte des Zwangsarbeitereinsatzes im Zweiten Weltkrieg. Das ZIB-Projekt greift die Fragestellung nach der Vorgeschichte und Erfahrungsgrundlage auf, strebt jedoch gleichzeitig an, die Zwangsarbeit von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen im Deutschen Reich während des Ersten Weltkrieges in ihren spezifischen historischen Kontexten zu analysieren.

Im Zentrum dieses Projektbereiches steht ein Dissertationsprojekt von Kai Rawe zur Zwangsarbeit und Ausländerbeschäftigung im Ruhrkohlenbergbau, das die Umstände des Arbeitseinsatzes von belgischen und polnischen Zivilarbeitern sowie russischen Kriegsgefangenen in den Bergwerksbetrieben an der Ruhr untersucht. Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen Fragen nach den Kontinuitäten und Brüchen der Arbeiteranwerbung und Ausländerbeschäftigung im Ersten Weltkrieg gegenüber den Verhältnissen der Vorkriegszeit, die Haltung und Rolle der Bergbauunternehmer zur Ausländerbeschäftigung und die Arbeits- und Lebenssituation der ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen. Die bisherigen Ergebnisse lassen darauf schließen, dass Ausländereinsatz und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg in viel geringerem Maße ideologisch oder rassistisch geprägt waren, als dies in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft der Fall war. Innerhalb dieses Projektes sind bisher vor allem die einschlägigen, im Bergbauarchiv Bochum befindlichen Unternehmensüberlieferungen sowie die Akten der Bergämter und des Oberbergamtes im Staatsarchiv Münster und im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf gesichtet und ausgewertet worden. Ergänzend sind außerdem die Bestände der mit dem Arbeitseinsatz befassten politischen und militärischen Zentralinstanzen sowie einiger ausgewählter Stadtarchive herangezogen worden.

Ein wichtiger Unterschied der Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg im Vergleich zum Zweiten Weltkrieg war, dass sie unter den Bedingungen einer vergleichsweise pluralen und funktionierenden Öffentlichkeit stattfand. So wurden die Deportationen belgischer Arbeiter in das Ruhrgebiet nicht zuletzt aufgrund öffentlicher Proteste gestoppt. In diesem Zusammenhang erschien es besonders interessant, die Haltung und das Verhalten der sozialdemokratischen und der internationalen Arbeiterbewegung zur Zwangsbeschäftigung von Ausländern aus den von den Deutschland besetzten Gebieten im Deutschen Reich zu untersuchen. Dimitrij Owetschkin recherchierte zu dieser Frage in den theoretischen Organen der Sozialdemokratie, in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Tagespresse, in den Verhandlungen des Reichstages sowie in den im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam befindlichen Akten des Bureau Socialiste International.

Projektbereich Deutsches Reich im Zweiten Weltkrieg

Ein Ziel des Projektes ist es, den quantitativen Umfang und die grundlegenden Bedingungen von Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit in möglichst allen deutschen Steinkohlerevieren zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Forschungen sollen in einem Sammelband zusammengefasst werden. Abgeschlossen in Form eines Aufsatzmanuskriptes ist eine Untersuchung von Stephan Posta zur „Zwangsarbeit in der Peripherie des Steinkohlenbergbaus: der „Ausländer-Einsatz“ im sächsischen Steinkohlenrevier während des Zweiten Weltkrieges“. Diese Untersuchung profitiert von einer außerordentlichen guten Überlieferungssituation. Im sächsischen Bergarchiv Freiberg, einer Außenstelle des Hauptstaatsarchivs Dresden, konnte die sehr dichte einschlägige Überlieferung von drei der vier während des Zweiten Weltkrieges tätigen größeren sächsischen Bergbauunternehmen ausgewertet werden. Im Ergebnis zeigt sich u. a. die Verspätung des Ausländer- und Zwangsarbeitereinsatzes eines peripheren Steinkohlereviers im Vergleich zu den großen Steinkohlenrevieren an der Ruhr oder in Oberschlesien, aber auch, dass Zwangsarbeit in der Peripherie des Steinkohlenbergbaus keineswegs grundsätzlich mit leichteren Bedingungen für die Betroffenen verbunden war.

Begonnen wurde inzwischen auch mit der Untersuchung des Saarbergbaus, der allerdings durch eine sehr schwierige Überlieferungssituation Grenzen gesteckt sind, durch Hans-Christoph Seidel. Untersuchungen zum Aachener Wurmrevier, zum niedersächsischen, insbesondere Ibbenbürener Steinkohlenbergbau sowie zum oberbayrischen Pechkohlenbergbau werden demnächst durch bereits ausgewählte Bearbeiterinnen und Bearbeiter begonnen. Dagegen ist die aufgrund der Archivsituation sehr schwierige Bearbeitung des niederschlesischen Steinkohlenbergbaus um Waldenburg noch offen.

In größerer Tiefenschärfe, als dies in den Aufsatzprojekten zu den kleineren deutschen Steinkohlenrevieren möglich ist, wird die Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrkohlenbergbau von Hans-Christoph Seidel im Rahmen einer Gesamtdarstellung der Belegschaftspolitik und Sozialbeziehungen im Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkrieges untersucht. Neben den bekannten Forschungsfragen nach der quantitativen Dimension von

Zwangsarbeit, der Haltung der Bergbauunternehmer oder der konkreten Lebens- und Arbeitssituation der Zwangsarbeiter werden Untersuchungen zu den Formen der Integration von Zwangsarbeit in das arbeitsteilige Sozialsystem im „Betrieb“ im Rahmen betrieblicher Belegschaftspolitik und zu den Auswirkungen von Belegschaftspolitik und Zwangsarbeit auf die betrieblichen Sozialbeziehungen im Mittelpunkt stehen. Zu großen Teilen ausgewertet sind bisher die einschlägigen Unternehmensüberlieferungen sowie die Überlieferung der Bergbauverbände und –organisationen, insbesondere der für Fragen des „Arbeitseinsatzes“ sehr wichtigen Bezirksgruppe Ruhrkohlenbergbau, sowie die Akten der staatlichen Bergbauverwaltung (Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums und Bergämter).

Die Arbeiten zu einem Quellenband zur Zwangsarbeit im Ruhrbergbau sind ebenfalls vorangeschritten. Bisher wurden annähernd 100 besonders aussagekräftiger Quellen gesammelt und transkribiert. Darüber hinaus hat sich vor allem in regional- und lokalgeschichtlichen Zusammenhängen ein besonderes Bedürfnis nach einem eigenen, genauen und zuverlässigen Nachweis der Quellenbestände zur Zwangsarbeit im Ruhrbergbau gezeigt. Um dieses Bedürfnis zu befriedigen, wird am Bergbau-Archiv Bochum zurzeit aus Mitteln des Projektes durch Holger Menne ein Archivinventar erstellt, das vor allem die Bestände der einschlägigen Wirtschaftsarchive der Region sowie der beiden Staatsarchive in Münster und Düsseldorf berücksichtigt. Außerdem wird auch die Überlieferungssituation in den Kommunalarchiven geprüft. Dieses Einzelprojekt wird noch in diesem Jahr abgeschlossen.

Der Projektbereich zur Zwangsarbeit im Kohlenbergbau im Reichsgebiet konnte inzwischen durch ein Dissertationsprojekt von Thomas Urban zum „Ausländereinsatz“ in der mittel- und ostdeutschen Braunkohlenindustrie, das außerhalb der Zuwendung durch die RAG Aktiengesellschaft und die Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets gefördert wird, ergänzt werden. Damit eröffnen sich innerhalb des Projektes weitere wichtige Vergleichsmöglichkeiten, und zwar nicht nur hinsichtlich der Zwangsarbeiterbeschäftigung, sondern auch einer breiteren Sozialgeschichte des Kohlenbergbaus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die bisher stark auf die Verhältnisse im Steinkohlenbergbau fokussiert war.

Projektbereich Besetzte Gebiete

Der umfangreichste Projektbereich, der sich mit der Erforschung der Arbeitsverhältnisse in den von Deutschland besetzten Bergbaugebieten beschäftigt, soll ein besonders offensichtliches und drängendes Forschungsdesiderat beseitigen. Die Forschungen zur Zwangsarbeit haben sich bisher fast ausschließlich auf den sogenannten „Reichseinsatz“ konzentriert, während der Arbeitseinsatz der autochthonen Bevölkerungen und/oder von ausländischen Zivilarbeitern oder Kriegsgefangenen aus „Drittländern“ in den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten zwar zuletzt problematisiert, aber bisher noch kaum untersucht wurde. Ein besonderes Problem zeigt sich dabei in der schwierigen Übertragung der in der Forschung zum „Reichseinsatz“ entwickelten Kategorien und Begriffe von „Zwangsarbeit“ und „Zwangsarbeiter“ auf die jeweils noch ganz unterschiedlichen Situationen in den besetzten Gebieten.

Daraus ergeben sich in diesem Projektbereich ganz unterschiedliche Forschungskontexte sowie Problem- und Fragestellungen, die das Forschungsfeld „Zwangsarbeit“ aus völlig ungewöhnten Perspektiven neu beleuchten. Erste Zwischenergebnisse zu diesem Projektbereich sollen in einem Heft von „Geschichte und Gesellschaft“ im kommenden Jahr publiziert werden.

Das Projekt von Tanja Penter zum Steinkohlenbergbau im Donezbecken untersucht Formen von Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzung im Rahmen der Erfahrungsgeschichte einer regionalen Bergbaugesellschaft von den 1930er bis in die 1950er Jahre. Die historische Einbettung der nur 22 Monate dauernden nationalsozialistischen Besatzungsgeschichte in die diese Zeit umschließende Gesellschaftsgeschichte der Region während des Stalinismus wirft vor allem die Frage nach Kontinuitäten und Brüchen in den Erfahrungen dieser regionalen Bergbaugesellschaft auf. Ein zentrales Interesse gilt also der Frage, ob sich die Arbeitserfahrung der regionalen Bevölkerung unter der deutschen Besatzung grundlegend von bereits unter den Bedingungen des Stalinismus gemachten Erfahrungen unterschiedet oder ob sich auch Kontinuitäten der Arbeitserfahrung zeigen. Neben den in deutschen Archiven befindlichen und noch erhaltenen Aktenüberlieferungen der Besatzungsorgane stützt sich dieses Projekt vor allem auf im staatlichen Gebietsarchiv Donezk, in den Kiewer und Moskauer Staatsarchiven sowie im ehemaligen „Sonderarchiv“ in Moskau befindliche Bestände. Außerdem konnte – mit freundlicher Unterstützung der Stadt Bochum, die eine Städtepartnerschaft mit Donezk pflegt – im Archiv des ukrainischen Sicherheitsdienstes im Gebiet Donezk (ehemaliges KGB-Archiv) ein Bestand ausgewertet werden, der Strafverfahren vor sowjetischen Militärtribunalen gegen Sowjetbürger, die im Gebiet von Stalino mit den deutschen Besatzungsbehörden zusammen gearbeitet haben sollen, enthält und der der historischen Forschung bisher nicht zugänglich war.

Im Zentrum des Projektes von Valentina Maria Stefanski über den „Arbeitseinsatz und die Arbeitseinsatzpolitik im oberschlesischen Bergbau während des Zweiten Weltkrieges“ steht das oft widersprüchliche Verhältnis von nationalsozialistischer Arbeitseinsatz- und Volkstumspolitik. Nach der Besetzung Polens, der Annektierung und Vereinigung polnischer mit deutschen Landesteilen im Regierungsbezirk Kattowitz wurde in der Bergbauregion Oberschlesien ein pragmatischer Ausweg aus diesem Dilemma gesucht, der in den verschiedenen Teilen Oberschlesiens zu je unterschiedlichen, wechselnden und unübersichtlichen Verhältnissen führte. Die Untersuchung stützt sich fast ausschließlich auf Material in polnischen Archiven, das auch von der polnischen Forschung bisher kaum zur Kenntnis genommen worden ist.

Oberschlesien ist das einzige Steinkohlerevier, in dem auch KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit eingesetzt worden sind. Zu den oberschlesischen Bergbau-Außenlagern des KZ Auschwitz ist im Museum Auschwitz eine aussagekräftige, aber schwer zugängliche, weil noch völlig ungeordnete Überlieferung vorhanden. Um sowohl der Bedeutung dieses speziellen und im Steinkohlenbergbau einzigartigen Themas als auch der schwierigen Überlieferungssituation gerecht zu werden, wird der Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge innerhalb des Oberschlesienpro-

jektes durch Adrianna Harazim gesondert bearbeitet. Die Sichtung der einschlägigen Überlieferung im Museum Auschwitz ist bereits gut vorangeschritten und wird demnächst noch durch die Sichtung von vermutlich relevanten Beständen im Staatsarchiv Kattowitz ergänzt.

Das Dissertationsprojekt von Nathalie Piquet bearbeitet die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbeziehungen im nordfranzösischen und belgischen Steinkohlenbergbau unter der deutscher Besatzung. Ein Schwerpunkt des Dissertationsprojektes ist die Untersuchung des Arbeitseinsatzes von „Ostarbeitern“ und sowjetischen Kriegsgefangenen in den nordfranzösischen und belgischen Grubenbetrieben. Dabei steht die Frage im Vordergrund, inwiefern sich die Bedingungen des Einsatzes dieser Zwangsarbeitergruppen in „Drittländern“ von den für den „Reichseinsatz“ geltenden Bedingungen unterscheiden. In einem zweiten Schwerpunkt wird die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen zwischen den Stammbesellschaften und den Unternehmensführungen im nordfranzösischen und belgischen Bergbau unter den Bedingungen der deutschen Besatzung untersucht. Daran ist u. a. auch die Frage geknüpft, ob sich dieser Aspekt der Untersuchung mit den Begrifflichkeiten und Fragestellungen der Zwangsarbeiterforschung sinnvoll erschließen lässt. Wegen des späteren Beginns dieses Projektes ist die Sichtung und Auswertung der für einschlägig gehaltenen Archivbestände noch nicht so weit fortgeschritten wie in den anderen Einzelprojekten. Die Archivarbeit wird jedoch demnächst im Rahmen eines mehrmonatigen Forschungsaufenthaltes der Projektbearbeiterin in Belgien und Frankreich intensiviert.

Die Zwangsarbeit im österreichischen Kohlenbergbau wird von Gustav Seebold bearbeitet. Wegen des geringen Anteils der Steinkohle an der österreichischen Kohlenförderung steht die überwiegend im Tiefbau gewonnene Braunkohle im Mittelpunkt des Projektes. Die Studie wird das Thema Zwangsarbeit im Rahmen einer bisher noch ausstehenden wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchung des österreichischen Kohlenbergbaus in diesem Zeitraum bearbeiten. Die notwendigen Recherchen im Bundesarchiv sowie im Österreichischen Staatsarchiv – Archiv der Republik konnten bereits abgeschlossen werden; die Durchsicht einschlägiger Archivbestände im Oberösterreichischen Landesarchiv erfolgt demnächst.

Es wird angestrebt, den Projektbereich „Besetzte Gebiete“ durch eine Untersuchung von Sabine Rutar zum „Arbeitseinsatz im jugoslawischen Bergbau während des Zweiten Weltkriegs. Lokale Fallbeispiele im Vergleich: Serbien und Slowenien“ abzurunden und zu ergänzen. Für dieses Forschungsvorhaben läuft zurzeit ein Antrag auf Forschungsförderung außerhalb der Mittelbereitstellung durch die RAG Aktiengesellschaft und die Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets. Dieses Projekt kann das Gesamtprojekt erstens um das in dem bisherigen Forschungen zur deutschen Besatzungsherrschaft viel zu wenig beachtete Beispiel Südosteuropas und zweitens um die vergleichende Heranziehung der Verhältnisse im Nicht-Kohlenbergbau ergänzen. Untersucht werden neben dem slowenischen Braunkohlenbergbau der Kupferbergbau in Serbien sowie der Bleierzbergbau in Serbien und Slowenien. Die vergleichende Fragestellung richtet sich u. a. auf das Ausmaß, in dem die Kriegsmobilisierung wirtschaftliche Modernisierung förderte oder behinderte, auf die Auswirkungen der Arbeitskräftebewegungen auf die lokalen Gesellschaften sowie auf die Überlebensstrategien und Erfah-

runghorizonte der Arbeiter und Arbeiterinnen im Spannungsfeld von Volkstumspolitik, Widerstand, Zwangsarbeit und Kollaboration. Das Projekt wird sich auf bisher noch gänzlich unausgewertete Bestände des Staatsarchivs der Republik Slowenien in Ljubljana und Bestände verschiedener Archive in Belgrad stützen können.

Fertiggestellt ist bereits ein kleinerer Beitrag von Prof. Dr. Jana Gerslova, Ostrau, über den „Arbeitseinsatz im Steinkohlenbergbau des Ostrau-Karwinerbeckens während des Zweiten Weltkrieges“, der also die Zwangsarbeit im von Deutschland besetzten ehemals tschechischen Teils des oberschlesischen Reviers behandelt. Der Beitrag wird in einem Sammelband des Projektes erscheinen. Geplant sind außerdem noch kleinere Beiträge zum lothringischen Steinkohlenbergbau und evtl. zum niederländischen Steinkohlenbergbau um Limburg.

Erste Publikationen von Zwischenergebnissen aus den Einzelprojekten werden 2003 als Aufsatzformate erscheinen. Der nächste Projektbericht wird eine entsprechende Publikationsliste enthalten.

Seit einiger Zeit ist ein Projektsekretariat eingerichtet, das von Frau Marita Raue geführt wird.

Für weitere Nachfragen und Informationen wenden Sie sich bitte an:

Tel.: 0234/32-22587, christoph.seidel@ruhr-uni-bochum.de und

Tel. 0234/32-27751, marita.raue@ruhr-uni-bochum.de .

Hans-Christoph Seidel